

mitte drin

Ausgabe 04 / 2020 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding



xx

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Fortsetzung auf Seite 2 ▷

Fortsetzung auf Seite 6 ▷

Fortsetzung auf Seite 6 ▷

Danksagung

xxxx

xxxx

xxx

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Tel.: 030 / 240 09-336

Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr und Do. bis 19 Uhr

Blick aus dem Amt

Aus dem Notbetrieb lernen

Die aktuelle Corona-/Covid-19-Pandemie stellt das Bezirksamt Mitte vor große Herausforderungen. Die öffentliche Verwaltung muss einerseits handlungsfähig bleiben und andererseits muss für die Gesundheit der Beschäftigten und der Menschen, die täglich die Dienstleistungen in Anspruch nehmen, gesorgt werden.

Um beides zu gewährleisten, arbeitet das Bezirksamt Mitte seit dem 18. März 2020 im Notbetrieb, d.h. es wurden unabdingbare Schlüsselbereiche definiert, die mit reduziertem Personal weiterlaufen.

Viele Beschäftigte sind aufgefordert, ihre Arbeit von Zuhause aus zu erledigen, um die sozialen Kontakte und damit das Ansteckungsrisiko zu verringern. Interne Versammlungen und Veranstaltungen, darunter auch Dienstbesprechungen, mit mehr als zehn Teilnehmenden sollen auf das absolut notwendige Minimum reduziert und bei Teilnahme von externen Personen gänzlich abgesagt werden.

Während in der freien Wirtschaft in vielen Unternehmen bereits Homeoffice ein Teil der Arbeitsrealität ist, ist es in der

Verwaltung weiterhin selten. Viele Sitzungen lassen sich auch in der Verwaltung problemlos durch Telefonkonferenzen ersetzen, was für viele noch ungewohnt ist.



xx

Für Videokonferenzen fehlen jedoch noch die Softwarelösungen.

Viele notwendige IT-Fachverfahren laufen derzeit leider noch nicht auf den Dienstlaptops. Das mobile bzw. heimische Arbeiten an Laptops ist darüber hinaus mit notwendigen Zertifikaten des IT-Dienstleistungszentrums verbunden. Es gibt für die gesamte Berliner Verwaltung über das Landesnetz nur max. 2000 gleichzeitig

nutzbare Verbindungen. Mehr als 2000 Personen können demzufolge nicht gleichzeitig mobil arbeiten. Dadurch ist ein flächendeckender Einsatz von mobiler Arbeit nicht möglich. Zusätzliche Zertifikate werden nach derzeitigem Stand nicht erhältlich sein und das Verfahren zur Zertifikatsbestellung verändert sich trotz Pandemie voraussichtlich nicht, d.h. die Dauer von der Beauftragung durch die Bezirksverwaltung bis zur Auslieferung durch das ITDZ kann bis zu zwei Monate betragen.

Daraus ergibt sich, dass bestehende Mitarbeitende je nach Priorität ihr personengebundenes Zertifikat abgeben müssen und diese entsprechend auf höher priorisierte Mitarbeitende in Schlüsselbereichen umgeschrieben werden.

Gemeinsam werden wir die Situation sicherlich bewältigen, aber wir müssen auch lernen, was wir in Zukunft noch verbessern sollten. Ein wichtiger Punkt wird die zeitgemäße IT-Ausstattung sein, um auch im Notbetrieb flexibel sein zu können.

Ramona Reiser,
Bezirksstadträtin für Jugend,
Familie und Bürgerdienste

Aus der BVV

Die Coronakrise und das Bezirksamt

Covid-19 hat auch das Bezirksamt im Griff. Der Bezirk hat einen Pandemieplan aufgestellt, nicht essentielle Dienste werden nicht mehr angeboten, Mitarbeiter wurden in das Gesundheitsamt versetzt, um dieses bei seiner Arbeit zu unterstützen.

Die Bezirksverordnetenversammlung für März ist ausgesetzt, ob sie im April stattfinden wird, ist fraglich.

- Bei den Bürgerämtern ist nur noch der Standort Osloer Straße geöffnet und man muss sich telefonisch einen Termin holen und kann nicht einfach so vorbeigehen.
- Im Standesamt entfallen alle öffentlichen Sprechstunden, außer die für das Sterberegister. Hier gibt es eine telefonische Notfallsprechstunde.
- Auch im Jugendamt gibt es nur noch die

Möglichkeit, in Notfällen einen Termin auszumachen.

- Die Vignettenstelle bearbeitet nur noch Fälle per E-Mail.
- Das Gesundheitsamt nimmt in Gänze bis auf Weiteres ausschließlich Aufgaben nach Infektionsschutzgesetz bzw. zur Bekämpfung der Pandemie wahr. Dort entfallen alle Sprechstunden.
- Im Sozialamt gibt es eine Notfallsprechstunde im Rathaus Wedding, aber nur bei Fällen von Mittellosigkeit und akuten Fällen von Wohnungsnot.
- Alle kulturellen Einrichtungen des Bezirkes, die Bibliotheken, Musikschulen und Volkshochschulen sind geschlossen.

Aktuelle Informationen über Einrichtungen des Bezirksamtes über:
www.berlin.de/ba-mitte

sowie über die Situation im Bezirk
www.linksfraktion-berlin-mitte.de

Andreas Böttger,
Fraktionsgeschäftsführer der
Linksfraktion in der BVV von Berlin-Mitte

Die Linke – Fraktion in der BVV
Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Mittwoch von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31,
10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65
kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Pro und Contra

Die derzeitige Rechtslage in Berlin ist eindeutig: An allgemeinbildenden Schulen dürfen Lehrerinnen mit Kopftuch nicht unterrichten. Das besagt das Neutralitätsgesetz. Muslimische Lehrerinnen, die aufgrund ihrer Kopfbedeckung vom Schuldienst ausgeschlossen wurden, haben wiederholt gegen das Gesetz geklagt. In einigen Fällen wurden den Betroffenen Entschädigungszahlungen zugesprochen.

Auch in der LINKEN Berlin-Mitte gibt es unterschiedliche Positionen zum Neutralitätsgesetz.

Neutralitätsgesetz erhalten!

In ihrem Grundsatzprogramm fordert DIE LINKE „die notwendige institutionelle Trennung von Staat und Kirche“. Die Partei steht damit in einer langen Tradition fortschrittlicher Bewegungen seit der Französischen Revolution, die für Glaubens- und Gewissensfreiheit kämpften – und damit auch dafür, dass das staatliche Gemeinwesen frei von der politischen Einflussnahme von Religionen sein soll. Denn nur wenn der Staat sich weltanschaulich neutral verhält, kann die Freiheit der Weltanschauung für alle Bürger gewährleistet werden.

Das Berliner Neutralitätsgesetz, das 2005 unter dem rot-roten Senat eingeführt wurde, stellt einen ersten Schritt zur Umsetzung dieser linken Kernforderung dar. Es schreibt vor, dass Staatsbedienstete in bestimmten Bereichen während des Dienstes keine sichtbaren religiösen oder weltanschaulichen Symbole bzw. Kleidungsstücke tragen dürfen.

Das Gesetz behandelt alle Weltanschauungen und ihre Symbole gleich – vom Kreuzifix bis zum Parteiabzeichen. Es schränkt auch keine Gläubigen in ihrer Berufswahl ein, denn es gilt ausschließlich während der Dienstzeit. Was Staatsbedienstete in ihrer Freizeit tun, wird nicht eingeschränkt.

Zudem ist die Regelung auf einen eng abgegrenzten Teil des öffentlichen Dienstes beschränkt: Rechtspflege, Justizvollzug, Polizei, Lehrkräfte in öffentlichen Schulen (ausgenommen sind der Religionsunterricht und die Berufsschulen). So werden Bürgerinnen und Bürger gerade in den Bereichen geschützt, in denen sie dem staatlichen Einfluss in existentieller Weise ausgeliefert sind und deshalb in besonderem Maße auf die Neutralität der Staatsbediensteten angewiesen sind.

Um das Gesetz gegen Angriffe zu verteidigen, hat sich 2018 die „Initiative Pro Neutralitätsgesetz“ gebildet. Sie wird unterstützt von einem breiten Bündnis aus AktivistInnen in migrantischen, feministischen und Queer-Organisation, sowie Mitgliedern aller im Senat vertretenen Parteien. Für weitere Informationen lohnt ein Blick auf die Website pro.neutralitaetsgesetz.de.

Markus Wollina

Konstruktiv reden über das Gesetz

Das Berliner Neutralitätsgesetz legt fest, dass keine Beschäftigte wegen ihres Glaubens oder ihres weltanschaulichen Bekenntnisses diskriminiert werden darf. In der Umsetzung jedoch sind es fast ausschließlich kopftuchtragende Muslima, die keinen Job als Lehrer*innen an allgemeinbildenden Schulen bekommen.

Neben vielen Diskriminierungen entlang von Geschlecht und Herkunft im Alltag, bedeutet das quasi eine staatlich sanktionierte Benachteiligung von Muslima und BIPOC (Black and People of Color) auf dem Arbeitsmarkt. Muslima werden als „Fremde“ manifestiert, die betroffenen Frauen werden aus dem öffentlichen Raum gedrängt.

Das Bedürfnis nach weltanschaulich-religiöser Neutralität staatlicher Einrichtungen wird auf die Körper und (religiöse) Kleidung von Frauen projiziert. Ihnen wird eine „Unfähigkeit“ zu einer kompetenten Ausübung bestimmter Tätigkeiten entlang des staatlichen Neutralitätsanspruches unterstellt. Wieso sollte eine kopftuchtragende Lehrerin das nicht genauso gut können, wie ein protestantischer Lehrer? Das Berliner Arbeitsgericht gab mehreren Klägerinnen Recht, die aufgrund des Tragens eines Kopftuches nicht zum Lehramt zugelassen wurden, und sprach ihnen Entschädigungen zu. Das Bundesverfassungsgericht hat pauschale Kopftuchverbote für verfassungswidrig erklärt. Schwierig bleibt auch der Widerspruch zum Grundrecht auf Religionsfreiheit.

Setzen wir unsere linke, feministische, antirassistische Brille auf, wird klar, es muss sich etwas ändern. Seit 2016 steht auch schon im Wahlprogramm der Berliner LINKEN, dass die „aus dem Gesetz entstehende Diskriminierungen kopftuchtragender muslimischer Frauen abuschaffen“ sei. Im Bereich der staatlichen Repräsentanz erzeugt das Gesetz ein Bild von Berlin, welches nicht die Pluralität der Stadtgesellschaft spiegelt. Berlin ist eine bunte Stadt. Hier werden viele Religionen praktiziert. Offenheit, ein diskriminierungsfreies Zusammenleben, Frauenrechte sind Kern linker Forderungen. Die Praxis des Neutralitätsgesetzes steht leider nicht für diese Werte. Lasst uns konstruktiv darüber reden, wie wir das ändern können. Die Morde von Hanau machen deutlich, dass wir klare Entscheidungen brauchen, die eine Ausgrenzung von Muslimen und BIPOC beenden.

Nadja Charaby



Menschen in Mitte

Barbara Herzig-Martens: Mit 64 noch einmal richtig durchgestartet

Das Leben in ihrer armen Arbeiterfamilie, aber auch die Geschichten über die Umsiedlung ihrer Mutter aus dem heute polnischen Niederschlesien und die Rückkehr ihres Vaters aus französischer Kriegsgefangenschaft 1950 stärkten schon in ihrer Kindheit den Willen von Barbara Herzig-Martens, sozial zu handeln, den Armen, den Schwachen, aber auch den Geflüchteten zu helfen.



Barbara Herzig-Martens

Heute - mit 66 Jahren - setzt sie sich vehement vor allem gegen die wachsende Kinderarmut ein. „In Berlin ist fast jedes dritte Kind betroffen“, betont sie. „In Mitte gibt es Stadtteile wie zum Beispiel Gesundbrunnen mit bis zu 67 Prozent Kindern in Hartz IV-Familien. Da muss endlich und nachhaltig etwas passieren.“

Die Staatlich anerkannte Sozialarbeiterin fordert das nicht nur, sie arbeitet auch konkret dafür. Auf einer gut besuchten Veranstaltung im Weddinger Linkstreff nannte sie alarmierende Zahlen aus dem jüngsten Bericht des Sozialverbandes Deutschland. In Briefen an den Parteivorsitzenden Bernd Rixinger und an den Berliner Landesvorstand der DIE LINKE unterbreitete sie

nachvollziehbare Vorschläge: die Gründung einer Landesarbeitsgemeinschaft Kinderarmut sowie einer sozialistischen Kinderorganisation nach dem Vorbild von „Solid“. Soziale Fragen müssten noch mehr in den Fokus gestellt werden, „und mehr Internationalismus, mehr Solidarität mit den Menschen in von Kriegen und Krisen betroffenen Ländern“. Bei Besuchen in Argentinien und Chile erkundete sie vor drei Monaten die Situation dort, vor allem die der Frauen und Kinder.

Barbara Herzig-Martens war 1953 in Herdecke an der Ruhr zur Welt gekommen, machte in Hagen ihr Fachabitur. 19-jährig ging sie nach Berlin, besuchte eine Erzieher-schule und studierte dann vier Jahre an der Alice Salomon-Hochschule Sozialarbeit. Ab 1979 arbeitete sie 36 Jahre lang im Gesundheitsamt und beim Jugendamt Neukölln, war zusammen mit dem namhaften Psychologen und Soziologen Kazim Erdogan Initiatorin von ‚Aufbruch Neukölln‘ zur Lösung sozialer, schulischer und familiärer Probleme. „Meine Multiple Sklerose-Erkrankung zwang mich 2004 zur Halbtagsarbeit und vor drei Jahren zur frühzeitigen Berentung. Nun erst recht, mit 64, wollte ich aber noch einmal in meinem Leben richtig durchstarten.“

2017 wurde sie Mitglied der DIE LINKE. „Bis dahin habe ich über 20 Jahre verschlafen, ohne politisch aktiv zu sein“, empfindet sie heute. „In meiner frühen Jugend war ich im sozialistischen Jugendverband ‚Die Falken‘ und danach Trotzkinistin“. Jetzt wirkt die temperamentvolle Blondine als Bürgerdeputierte im Ausschuss Gesundheit und Soziales der Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung, ist Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft Frauen und in Mittes Behindertenbeirat. „Ich rede und diskutiere gerne mit Menschen“, gesteht sie. „Da waren die Haustürwahlkämpfe 2017 in Wedding mit unserem linken Spitzenkandidat Steve Rauhut, vor Wochen in Weimar und Erfurt für Bodo Ramelow sowie in Hamburg vor den Bürgerschaftswahlen das Richtige für mich“. In ihrer Freizeit trainiert Barbara Herzig-Martens Bogenschießen. In ihrer politischen und sozialen Arbeit will sie genau solche Erfolgsziele treffen.

Matthias Herold

Kurznachrichten

► „Super-Zyklus im wehrtechnischen Geschäft“

So nennt der Rüstungskonzern „Rheinmetall“ seinen Vorjahresrekordumsatz von 6,3 Milliarden Euro – und das ist „nach vorläufigen Angaben“ der Höchstwert: Fünfhundertfünf Millionen Euro Reingewinn. Der Konzern kennt auch die Schuldigen: „die steigenden Rüstungsausgaben etlicher Länder“. Er selbst hat die Wünsche seiner Kunden nur korrekt bedient.

► Vorsicht! Post testet ein neues Geschäftsmodell

Der Probelauf soll in Hamburg erfolgen. Postpakete werden dabei von Bahnhof zu Bahnhof geliefert. Die 15 S- und U-Bahnhöfe der Hansestadt sind das Testnetz. Das Paket kommt auf dem umweltfreundlichen Schienenweg. Zusteller braucht man nicht mehr. Lohnkosten fallen weg! Motorisierte Postautos verpesten nicht mehr die Stadtluft. Und der Empfänger darf sich sogar seinen Lieblingsbahnhof wählen, von dem er sein Paket abholt! Ist das nicht toll?

► 62,7 Milliarden Stunden Arbeit 2019

Das ermittelte das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung IAB in Nürnberg – der höchste Stand seit 1991, als dieser Wert erstmals erhoben wurde. Darin steckt eine Jahresarbeitsleistung von 45,3 Millionen Erwerbstätigen mit ihren unbezahlten Überstunden.

► 2019/2020 den wärmsten Winter aller Zeiten

Der europäische „Copernicus Klimawandel-dienst“ stellte fest: von Dezember bis Februar lagen die Temperaturen 3,4 Grad Celsius über den Durchschnittswerten der Jahre 1981-2010. Das ist der höchste Wert seit Beginn der Aufzeichnungen.

► Wenig(er) Frauen in ostdeutschen Chefetagen

In den ostdeutschen Chefetagen ist der Anteil der Frauen seit 2013 auf jetzt 35,7 % gesunken. Genau ein Prozent weniger als im Vorjahr. Na ja – immerhin nur ein Prozent. Aber eine beschämende Tendenz.



Bei anderen gelesen

► Entschlossene Reaktion auf Corona-Krise

Die Corona-Krise dürfte dem Klima nur eine Verschnaufpause verschaffen. Eines aber zeigt die Epidemie doch, dass Staaten und ihre Bürger durchaus schnell und entschlossen reagieren können, wenn sie sich existenzieller Bedrohung gegenüberstehen. – Samina Snafy in „Der Spiegel“ Nr. 12 /14.03.2020

► Quittung für politisches Versagen

Die Quittung für soziale Kälte und politisches Versagen ist die AfD. Heute lebt das Prekariat landesweit, von der Bildung der öffentlichen Meinung ist es ausgeschlossen. Auch deshalb konnte die Einheit lange als Erfolgsgeschichte verkauft werden. Inzwischen ist das Bild gekippt. Solange der Protest von links kam, konnte man ihn sogar nicht ignorieren, wie die Devise war, also vernachlässigen. Was jetzt von rechts kommt, ist nicht nur Protest. Es ist der Versuch, die Macht zu übernehmen. Die Geschichte umzudeuten. Vor Ort Pflöcke zu setzen. Kulturelle Vielfalt zu begrenzen. Das gelingt in den leer gefegten Landstrichen schon beunruhigend. Die Beweglicheren, die Kreativen sind gegangen. Die Bevölkerungszahl in Ostdeutschland entspricht heute der von 1905. Vorindustriell. Das ist ein Menetekel. Daniela Dahn in

„Clara“ Nr. 48 22019

► Den kalten Krieg stoppen, damit es kein heißer wird

Die Vorbereitungen von Kriegen beginnen immer mit der Lüge. All jenen, die für das Wiederaufleben des kalten Krieges die Hauptverantwortung tragen, sagen wir: Wir wollen Eure Lügen nicht, nicht Eure Sanktionen und auch nicht die Handelskriege. Die NATO, sie gehört aufgelöst. Und wir brauchen ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, damit kein heißer Atomkrieg daraus wird, den keine und keiner von uns überleben würde.

„RotFuchs“, März 2020

Covivio-Mieter*innen fordern Schutz vor Verdrängung

Die Covivio-Mietervernetzung von Moabit, Wedding und Gesundbrunnen hat sich in einem Offenen Brief an die Fraktionen der LINKEN, der GRÜNEN, der SPD und der CDU sowie an die Bau- und Wohnungsaufsicht des Bezirks Mitte und an das Gesundheitsamt Berlin-Mitte gewandt.

(Ratten, Kakerlaken), Unsauberkeit, mangelnde Reinigungsleistung sowie über bauliche Mängel in den Häusern scheitern daran, dass die Hausverwaltung oft unerreichbar ist. Notwendige Reparaturen und Mängelbhebungen werden erst nach hartnäckigen Beschwerden der Mieter*innen veranlasst oder gänzlich unterlassen.



Botschaft einer Rixdorfer Kneipe im Dezember 2019

Denn seit der Übernahme der Häuser durch die Covivio Immobilien SE im Jahre 2018 werden die Mieter durch ständige Erhöhungen der Nebenkostenzahlungen, fragwürdige Luxusmodernisierung und Umgehung gesetzlicher Vorgaben durch die Mietpreisbremse unerträglich belastet. Sie befürchten, den in Berlin ohnehin knappen Wohnraum zu verlieren.

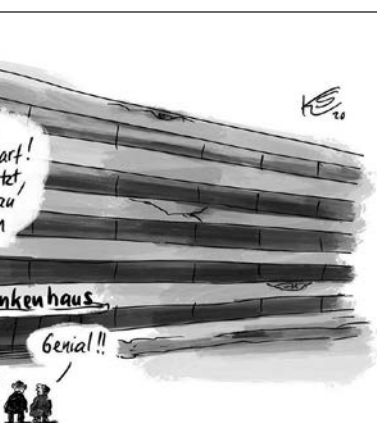
Die Mieterhöhungen sind auch bei Bestandsmietern oft falsch berechnet; es gibt eine Reihe erfolgreicher Klagen dagegen. Seit 2018 versucht die Covivio SE, Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umzuwandeln und selbst in Milieuschutzgebieten Luxusmodernisierungen durchzuführen; leere Wohnungen werden aufwendig modernisiert, um dann bei Neuvermietung bis zu 19,00 Euro/qm nettokalt zu verlangen.

In anderen Häusern der Covivio SE verschlechtert sich die Situation für die Mieter*innen, weil Mängel nicht beseitigt werden. Beschwerden über Ungezieferbefall

Die Covivio SE ist Berlins viertgrößter Vermieter und einer der größten Immobilienkonzerne Europas. Der aktuelle Hauptanteilseigner der Covivio SA, deren Tochtergesellschaft die Covivio SE ist, besitzt ein Vermögen von geschätzt 19 Milliarden US-Dollar. Als Vermieter ist Covivio's offensichtliches Interesse auch in Berlin einzig die Profitmaximierung.

Die Covivio Mietervernetzung von Moabit, Wedding und Gesundbrunnen fordert die politischen Parteien und Institutionen auf, aktiv zu werden und sie durch einen BVV-Beschluss zu unterstützen. An erster Stelle steht dabei sofortige Hilfe bei der Beseitigung von Ungeziefer, Schimmel, defekten Heizungsanlagen und gefährdenden baulichen Mängeln. Aber auch unabhängige und kostenlose Mieter*innenberatung zu Mieterhöhungen und Betriebskosten-Abrechnungen sowie Mitbestimmungs- und Informationsrechte zur Beteiligung der Mieter*innen an Unternehmensentscheidungen werden gefordert.

Rainer Scholz



Karikatur: Klaus Stüttmann

Gibt's gute Nachrichten?

Die Frühlingssonne hilft mental, mahnt gleichzeitig, gesellige Wünsche zu vergessen. Dank gebührt Heldinnen und Helden der alltäglichen Arbeit. Wir, der Rest, ziehen uns zurück. Vor zwei Wochen Konzerthaus, „Augustiner Bräu“, Känguru-Film, Hackescher Markt, kochen mit Freunden, essen im „Stadt-salat“, vormals Buchladen von „Verlag der Nation“, nebenan Kunstgewerbe, wo heute „Joseph“ serviert?

Einst öffneten da die Türen zum Torweg, nun zur Friedrichstraße, die Straßenbahn blieb, nach 89 kam die U-Bahn zurück, jetzt ein Hotel „Amo“, wo NDPD-Verlag und Block-Partei amtierten. Im Hof ein Glaspavillon mit Fahrstuhl zur Kellerrezeption. Überglasen durften die Investoren den Hof nicht.

Irgendwann wird auch in Mittes sechs Restaurants der Amano-Group-Hotels wieder israelisch gegessen, mit Dachterrassen, Sonnenschirmen, offenen Küchen. Nach Corona auch Ecke Alte Schönhauser/Weinmeisterstraße, wo andere Köche dann israelisch-arabisch kochen. Vor meinem Fenster wird nicht mehr Basketball gespielt.

Das Unvorstellbare da. Ich telefoniere, maile, simse, kaufe ein, sinniere, es gibt Zeitungen, nie gelesene Bücher, Netflix, Nachrichten aller Art, und Social Media! Wir schicken einander, was wir gekocht, gebacken, auf den Straßen und im Netz gesehen haben. Besucher reden vom Bürgersteig zu

offenen Fenstern, es wird Hilfe annonciert, öffentlich herrscht Distanz, aber Wildfremde lächeln sich zu.

Vielleicht verzichtet der Bezirk, im Monbijou-Park das Dach des Betonbunkers zu begrünen, Märchenhütten abzureißen, Autos sechs Monate aus dem weniger befahrenen unbewohnten Teil der Friedrichstraße auszusperren. Vielleicht wird bedacht, dass vor Corona Kind und Greis die Torstraße kaum queren konnten, der Bus zu selten fuhr, auch jetzt verbindet am Rosenthaler Platz der ausgedünnte ÖPNV. Lebensmittel gibt's, niemand Maulaffen feil, Auto- und Radfahrende verkehren verhaltamer.

Brechen alle zehn Jahre alle Lebensweisen um? 9. November 1989, 11. September 2001, Finanzkrise, Corona... Leere Regale gab's auch früher, da waren West-Schoko-Osterhasen Bäckware, machte Mangel erfinderisch, dafür gibts Telefon mit Blickkontakt, werden Regale gefüllt, doch die Angst ist real. Für mich dominieren virtuell freundliche Menschen, hilfsbereite Nachbarn, verloren geglaubte

Kontakte, Familien, Freunde, Freundinnen, alte und neue Bekannte, nächste Woche legt ein Freund uns Kreuzberger Lammrücken vor die Tür. Wenn's noch geht. „Nach dem Krieg im Kelch“, sagte der brave Soldat Schwejk, und man wusste, was das heißt.

Irene Runge



xxx

Herausforderung Ganzttag

Das Schuljahr 2019/20 startete mit dem kostenfreien Schülerticket, einem beitragsfreien Mittagessen für die Grundschüler*innen und dem Wegfall von Zugangsbeschränkungen und Beitragspflicht für die ergänzende Förderung und Betreuung für Kinder der Klassenstufen 1 und 2.

Damit bewies Rot-Rot-Grün einmal mehr, dass der Ausbau der Ganztagsangebote in Berlin für die Koalition höchste Priorität hat. Chancengleichheit darf nicht vom Sozial- und Erwerbsstatus der Eltern abhängen. Ein ganztägiger Schulbetrieb bietet mehr Zeit für die Förderung jedes Kindes und soziales Miteinander. Die Inanspruchnahme belegt: Die Berliner Ganztagschule wird gut angenommen, auch weil sie die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht.

Doch es gibt weiterhin erheblichen Handlungsbedarf. Dies wurde in einer Anhörung deutlich, die am 12. März 2020 auf Antrag der Koalitionsfraktionen im Berliner Abgeordnetenhaus stattfand. Eines ist unbestritten: Wenn sich Schüler*innen den ganzen Tag lang in der Schule aufhalten, dann braucht es beste Bedingungen dafür. Das heißt unter anderem, dass der geltende Personalschlüssel von 1:22 deutlich abgesenkt werden muss. Und es braucht deutlich mehr Platz, auch wenn der gerade immer knapper wird, weil die Schülerzahlen anwachsen und auch die Essensversorgung mehr Platz benötigt. Und es braucht freien Zugang für alle Kinder. Mit dem Wegfall der Bedarfsprüfung und der Beitragspflicht für die Klassenstufen 1 und 2 hat die Koalition hier einen wichtigen Einstieg geschafft. Das

muss schnellstens auch für die Klassenstufen 3 und 4 gelingen.

Riesige Herausforderungen stehen vor uns. Wir müssen schneller bauen, wir brauchen mehr Fachkräfte und ein verbindliches Bildungsprogramm für die Ganztagschule. Daran arbeiten wir. Ganz aktuell müssen wir mit den Einschränkungen fertig werden, die nötig sind, um die Ansteckungsgefahr mit dem Corona-Virus zu senken. Die Schließung der Kitas und Schulen hat den Alltag in vielen Familien auf den Kopf gestellt. Wir möchten an dieser Stelle all diejenigen danken, die für uns und unser Gemeinwesen sorgen, darunter auch all diejenigen, die an den Kitas und Schulen den Notbetrieb sichern. Seien wir solidarisch und helfen uns untereinander.

Petra Schrader

Aus dem Abgeordnetenhaus

Corona und die Demokratie

Der abrupte weitgehende Stillstand unseres öffentlichen Lebens, der durch die Pandemie erforderlich wurde, hat natürlich auch Auswirkungen auf die Demokratie, auf unsere Möglichkeiten Politik zu machen.

Das sind ganz praktische: unsere Arbeit als Abgeordnete und Verordnete wird nun weitgehend in den digitalen Raum verlegt. Videokonferenzen statt Sitzungen, die Verwaltungen weitgehend im Home Office, Treffen mit Akteuren aus der Stadt fallen aus. Die meisten Ausschüsse im Abgeordnetenhaus tagen derzeit nicht. Wir prüfen Möglichkeiten, auch diese durch digitale Formate zu ersetzen. Das ist nicht einfach, denn ein Parlament ist der Raum der öffentlichen Rede und des konkreten Dialogs. Für die verfassungsmäßigen Gremien des Parlaments ist in der Regel die physische Präsenz vorgeschrieben. Das gilt auch für die Plenarsitzung. Wenn wir die Hygienevorgaben des Robert-Koch-Institutes einhalten, ist nicht mehr genug Platz im Plenarsaal. Dieser ist nun schon umgebaut worden, es passen einfach nicht alle hinein. Auch hier tüfteln die Fraktionen und die Verwaltung des Abgeordnetenhauses derzeit Lösungen aus.

Denn eins ist klar: auch wenn nun eine Plenar- und einige Ausschusssitzungen

ausgefallen sind, kann das gewählte Parlament keine Pause einlegen. Gerade in diesen Krisenzeiten, die akutem und weitreichendem Regierungshandeln geprägt sind, wird das Parlament als Ort der Kontrolle und als Gesetzgeber gefordert. Nicht nur in den Medien, gerade auch im Parlament und auf Nachfrage der Abgeordneten legt der Senat Zeugnis ab. All die Maßnahmen, die jetzt zum Eindämmen der Corona-Pandemie notwendig sind, werden in Berlin befristet und immer wieder auf den Prüfstand gestellt.

Dazu sind gerade auch wir Abgeordnete ansprechbar und nehmen Kritik und Anregungen auf: was ist unpraktikabel? Welche Maßnahmen werden von den Menschen unserer Stadt akzeptiert und mitgetragen? Welche nicht, weil sie ein halbwegs erträgliches Leben in der Krise verhindern? Wo muss die Politik soziale Verwerfungen verhindern? Was können wir tun, um das Gesundheitswesen, die Pflege und die Versorgung vor Ort zu unterstützen?

Die Antworten auf diese Fragen werden in den kommenden Wochen von uns ins Parlament und an den Senat herangetragen. Die Demokratie, die Zivilgesellschaft in Berlin müssen gerade jetzt lebendig bleiben. Denn in der Zeit nach der Pandemie, nach der Krise werden weitere grundsätzliche



Fragen über die soziale Gesellschaft der Zukunft zu beantworten sein. Und es müssen demokratische Antworten sein.

Tobias Schulze,
Mitglied des Fraktionsvorstandes der
Linksfraktion im Abgeordnetenhaus.

Wahlkreisbüro Tobias Schulze, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Tegeler Str. 39
13353 Berlin – Wedding
Tel.: 030 – 547 13 449
(Bus 142 Kiautschoustraße, S- und U-Bahnhof Wedding, U-Bahnhof Amrumer Straße)
buero.schulze@linksfraktion.berlin

Öffnungszeiten:

Dienstag, Donnerstag 10 – 15 Uhr
Mittwoch 13 – 18 Uhr
Und nach Vereinbarung!

www.sprengbuero.de
www.tobiasschulze.berlin
Twitter: @sprengbuero

Bezirk Mitte in Berlin „Spitze“ bei Verkehrsunfällen

Durch eine Anfrage der LINKEN im Abgeordnetenhaus wurde bekannt, dass bei der Zahl der Verkehrsunfälle Mitte an der Spitze der Bezirke liegt. Im Jahr 2017 gab es in Mitte 8 537, in 2018 20 234 und in 2019 19 247 Unfälle. Nicht nur in Mitte, sondern auch berlinweit kam es zu dem starken Anstieg der Unfallzahlen.

Dank des technischen Fortschritts kommt bei innerstädtischen Unfällen nur noch selten ein Fahrzeuginsasse ums Leben. Aber bei Zusammenstößen mit Fußgänger und Radfahrer nehmen diese häufig schweren Schaden und sind unter den schwer Verletzten oder getöteten Unfallopfern besonders stark vertreten. Besonders tragisch war dabei der Unfall am 06. September 2019 an der Ecke Ackerstraße und Invalidenstraße. Dort war ein Porsche-SUV ungebremst in

eine Fußgängergruppe auf dem Gehweg gefahren. Dabei wurden ein dreijähriges Kind mit seiner 64-jährigen Oma und zwei junge Männer getötet.

Damit sich so was wie an der Ackerstraße möglichst nicht wiederholt und der knappe Straßenraum möglichst sinnvoll und gerecht unter allen Verkehrsteilnehmern verteilt wird, ist die vom rot-rot-grünen Senat angestrebte Verkehrswende dringend nötig.

Für die Wege innerhalb von Mitte kann man auf das gut ausgebaute Netz von BVG und S-Bahn zurückgreifen. Die Entfernungen innerhalb des Bezirkes eignen sich gut dafür, sie mit dem Rad zurückzulegen.

Da sich Fußgänger und Radfahrer im Vergleich zum motorisierten Individualverkehr ökologisch sinnvoller verhalten und nur einen Bruchteil des Platzes beanspruchen, sollten

in Zeiten der Klimakrise diese Verkehrsarten besonders gefördert werden. Bei einer Neugestaltung des Straßenraums sollte es daher mehr Platz für Fuß- und Radverkehr sowie für den ÖPNV geben. Das soll nicht gegen die Autobesitzer von Mitte geschehen.

Aber es gibt nicht genügend Platz für alle, die mit einem Auto in die Innenstadt fahren und parken wollen. Die Pendler zur Arbeit und zum Einkaufen sowie die Touristen sollten ihre Autos an der Stadtgrenze stehen lassen und mit den Öffentlichen in die City kommen. Dafür brauchen wir mehr Züge bei Tram, U+S-Bahn und zuverlässige Verbindungen von den Außenbezirken nach Mitte.

Wenn es weniger motorisierten Individualverkehr gibt, gehen auch die Unfallzahlen zurück und Mitte bleibt für seine Bewohner weiter lebenswert.

Thomas Licher

Das ist das Letzte

Wem das Blödeln im Internet oder die Virologie im Fernsehen zu viel wird, hängt den Kopf aus dem Fenster. Der Nachbar ruft vom Balkon: „Ick hab mir einjedeckt!“ und schwenkt seine Bierflasche. Vor der Tür klagt ein Sanitäter vom Rettungsdienst: „Wir mussten die Oma nach Hause bringen, weil die Intensivbetten von angesteckte Mediziner belegt sind.“

Erschreckend, wie die „Hexe CORONA“ das Leben auf allen Kontinenten schlagartig zur Erstarrung bringen kann! Die Regierenden mahnen zur Disziplin: „In jeder Krise liegt auch eine Chance. Aber nur, wenn unsere Solidarität den Egoismus besiegt!“

Wie geht das? Alle G-20-Staaten haben Fieber. Die EU-Länder sind hinter „Festungsmauern“ in Quarantäne. Die G-7 basteln Schutzmasken. Der Oberarzt Trump versucht, ein Tübinger Labor, das einem Abwehr-Serum auf der Spur ist, aufzukaufen, und seine Leute exklusiv zu versorgen.

Nur gut, dass es auch „weiße Raben“ gibt, die NEIN sagen und viele Bürger, die Solidarität vorleben, obwohl ihnen 30 Jahre gepredigt wurde: „Die Selbstverwirklichung ist das höchste Ziel!“

Einige Leitartikel fragen, warum China bereits den Anstieg der Infizierten abbremsen und Ärzte samt Schutzmittel nach Italien schicken konnte. Antwort: „Das liegt am rigorosen Vorgehen dieser roten Diktatur! Derlei wollen und können wir nicht.“

Geht doch! Zum Glück für unsere 16 Fürstentümer, wo jede Provinz eigene Gesetze, Schulbücher und Ausgangsregeln verordnen kann – was in gegebener Lage nützlich sein kann, aber für eine sichere Zukunft nicht genügt. Denn alle gegenwärtigen Krisen wie Klima, Währung, Bildung, Autos, Wohnung oder Digitalisierung stellen Weltrekorde in Tempo, Umfang und Kosten auf! Die reichen Staaten können sich freikaufen. Die Armen kaufen Schlauchboote. Alles potenziert sich, weil die Potenzen der Systeme zu oft erschöpft sind! Umkehr ist nötig, ehe die Hexe CORONA alle angeniest hat. Liebe Leute, reißt Euch zusammen!

Arthur Paul

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204

E-Mail-Adresse:
info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:
R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Redaktionsschluss: 25.03.2019

Ausgabetag für Nr. 05/2020 - 30.04.2020

Im 75. Jahr der Befreiung vom Faschismus...

... warnte auf der Münchener Sicherheitskonferenz der russische Außenminister, nachdem er all die Gefährdungen des



Weltfriedens aufgezeigt hatte, die internationale Gemeinschaft sei in der Pflicht. Solange es nicht zu spät sei, müsse aufgehört werden, über die russische Bedrohung zu reden. Er forderte den Dialog, beschwor den Frieden und schloss seine Rede mit einem Zitat Sacharows: „Der Nuklearkrieg kann aus einem konventionellen Krieg erwachsen und der konventionelle Krieg erwächst bekannter Weise aus der Politik“.

Ganz anders der Tenor der Pompeo-Rede: Der Westen gewinnt! Er wiederholte diese Aussage in seiner sechzehnminütigen Rede sechs Mal. Und er benannte die Staaten, die besiegt werden sollen. Zuvörderst Russland und China, aber auch Iran, Kuba, Venezuela, Nicaragua und Nordkorea. Wie zu Zeiten des Kalten Krieges interpretierte er jede von seinem Land ausgeübte aggressive Handlung, auch im Kontext mit „Defender 2020“, als Verteidigung. Das Wort Frieden kam in Pompeos Rede nicht vor.

Nie wieder Krieg, hieß es am 8. Mai 1945. Heute muss man sagen: Was geschehen ist, kann wieder geschehen – wenn wir nicht für den Frieden eintreten und uns dem Russenhass nicht entgegenstellen. Das Prinzip der Äquidistanz, alle hätten irgendwie Schuld an der fatalen Weltlage, hilft nicht.

Und es hieß „Nie wieder Faschismus“. Hanau zeugt von anderem. Der Täter sei psychisch krank, heißt es. War Mengele gesund? Jener Sadist, der bestimmte, wer von den nach Auschwitz deportierten Menschen noch Zwangsarbeit leisten durfte und wer sofort vergast wurde. Die SS-Mörder waren

Rassisten, und diejenigen, die heute aus gleichen Motiven Menschen umbringen, sind es ebenso. Wie irre sie auch sein mögen: Auf blondhaarige Menschen mit blauen Augen würden sie nicht schießen, es sei denn, die wären Antifaschisten.

Die sogenannte Mitte der Gesellschaft scheut sich nicht, Nazis und Linke gleichzusetzen. Diese These „Rot gleich Braun“ ist bedingungslos zurückzuweisen.

Ellen Brombacher



Karikatur: Klaus Stüttmann

Wir gratulieren im April zum Geburtstag!

- zum 70. Charlotte Hahn
- zum 80. Brita Köhler, Peter Kaukel
- zum 81. Günter Andrae
- zum 82. Peter Lewerenz, Käthe Ortleb
- zum 83. Rainer Köhler
- zum 85. Lieselotte Thiel, Elisabeth Weiß
- zum 86. Edeltraut Aurich, Horst Giese
- zum 87. Egon Knoll
- zum 88. Brigitte Rohland
- zum 90. Erwin Gürnth
- zum 91. Eva Tägtmeyer
- zum 92. Werner Lemm, Siegfried Zachmann
- zum 93. Hilde Hartitz

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie unsere Monatszeitung „mittendrin“ per Email erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Information an

info@die-linke-berlin-mitte.de

Mit besten Grüßen

Die Redaktion der „mittendrin“